



Benedikt Koch, Geschäftsführer Fachverband Infra

Netzvollendung und Engpassbeseitigung statt Road Pricing

Der Bundesrat hat sich am 7. Dezember 2007 für die Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen zur Einführung von Strassenbenützungsgebühren in Städten und Agglomerationen ausgesprochen. Verschiedene betroffene Städte, Verbände und Interessenvertreter haben mit ihren Reaktionen auf diese Absichtserklärung nicht lange auf sich warten lassen. Während die Regierungen der grösseren Schweizer Städte

oder zumindest die VorsteherInnen von Verkehrs- und Tiefbaudepartementen wohl aufgrund ihrer parteipolitischen Gesinnung dieser Idee aus dem Uvek einige Sympathie entgegenbringen, ist bei den Verkehrs- und Wirtschaftsverbänden grosse Skepsis vorhanden.

Der Durchgangsverkehr ist das grösste Problem

Wenn wir die Verkehrsprobleme in den Schweizer Städten und Agglomerationen etwas genauer betrachten, müssen wir feststellen, dass die Strassen in unseren Städten und Agglomerationen nicht wegen des Ziel-, Quell- oder Binnenverkehrs, sondern meistens wegen des Durchgangsverkehrs überlastet sind. Fehlen leistungsfähige Stadtfahrten (wie z. B. zurzeit in Zürich und Biel) oder sind diese wegen Engpässen verstopft, so müssen die Automobilisten und Gütertransporteure ungewollt Stadtgebiete durchqueren. Selbstverständlich werden damit auch Autofahrer behindert, welche als

Ausgangs- oder Zielort die Agglomeration oder das Stadtgebiet haben.

Der öV ist nicht immer eine Alternative zum Auto

Aufgrund mangelnder Platzverfügbarkeit, steigender Bodenpreise oder allenfalls aus steuerlichen Gründen ziehen seit einigen Jahren nicht nur Produktionsbetriebe, sondern auch viele Dienstleistungsunternehmen aus den Citys in die Agglomerationsgemeinden. Weil Bahn-, Tram- und Buslinien in der Regel sternförmig auf die Innenstädte ausgerichtet und viele boomende Agglomerationsgebiete (noch) ungenügend erschlossen sind, ist die Benützung des öV oft sehr zeitaufwändig. Viele Berufstätige entscheiden sich darum für das Auto, was zu entsprechenden Verkehrsüberlastungen in der Rushhour führt.

Netzvollendung und Engpassbeseitigung

Oberste Priorität zur Lösung der Verkehrsprobleme in unse-

ren Städten und Agglomerationen haben die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes (Netzvollendung) und dessen Engpassbeseitigung. Die Projekte der Netzvollendung werden seit 1. Januar aus dem Infrastrukturfonds finanziert. Die dafür benötigten 8,5 Milliarden Franken wurden durch einen Bundesbeschluss im Oktober 2006 bereits freigegeben. Auch der Engpassbeseitigung, welche ebenfalls über den Infrastrukturfonds abgerechnet wird, ist eine grosse Bedeutung beizumessen. Bis spätestens Ende 2009 hat der Bund die Programme für die Engpassbeseitigung auf den Nationalstrassen sowie auch für die Mitfinanzierung von Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Städten und Agglomerationen vorzulegen. Wir warten gespannt auf die Vorschläge aus Bern!

Fachverband
Infra